

PETER HINTZE

PARL. STAATSSSEKRETÄR BEIM
BM FÜR WIRTSCHAFT UND
TECHNOLOGIE

5. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/psm

Preis Soziale Marktwirtschaft

FESTVORTRAG

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin
Roth,
sehr geehrter Herr Professor Vogel,
sehr geehrter Herr Kollege Laumann,
sehr geehrter Herr Wichtel,
verehrte Jury,
meine Damen und Herren!

Die Soziale Marktwirtschaft ist seit sechs Jahrzehnten die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit in Deutschland. Sie ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt und seine Schaffenskraft mobilisiert. Die Verbindung von Leistungsprinzip und Wettbewerbswirtschaft nach klaren Regeln, das ist die Erfolgsformel.

In guten Zeiten werden die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft als unauffällige Selbstverständlichkeit kaum wahrgenommen. In schwierigen Zeiten werden dagegen die Grundzusammenhänge der Sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt. Deshalb ist es gut, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Preis vergibt. Deshalb ist es gut, dass die Preisverleihung Gelegenheit gibt, sich mit den geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und den Erwartungen der Menschen im Blick auf die Wirtschaftsordnung auseinander zu setzen.

Die Anfrage an die Soziale Marktwirtschaft lautet heute: Ist diese Wirtschaftsordnung gerecht?

Einigkeit und Recht und Freiheit – dies sind die drei Leitmotive, auf die sich die deutsche Nationalhymne bezieht. Schon 50 Jahre, bevor August Heinrich Hoffmann von

Fallersleben diesen Text schrieb, forderten die Bürger Frankreichs Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im Zuge der Französischen Revolution.

Interessant ist die Auswahl der Werte. Die Freiheit kommt in beiden Fällen vor, während von „Gerechtigkeit“ weder im Deutschen noch im Französischen Dreiklang angesprochen wird, obwohl die Gerechtigkeit doch neben der Klugheit, der Tapferkeit und der Mäßigung - gemäß der griechischen Überlieferung - zu den vier Kardinaltugenden zählt. Aristoteles sprach ihr sogar den höchsten Rang zu, da sie die einzige sei, die ein auch anderen zugute kommendes Gut hervorbringe, weil sie sich auf das Verhältnis zum Mitmenschen beziehe. In historischer Betrachtung fällt aber ein Unterschied zum heute vorherrschenden Verständnis ins Auge, der schon einen Teil der Erklärung dafür liefern mag, weshalb „Gerechtigkeit“ in der Neuzeit nicht ausdrücklich neben der Freiheit im Wertekanon genannt wird: Heutzutage ist mit dem Verlangen nach Gerechtigkeit meist eine materielle Forderung an andere verbunden. In der aristotelischen Philosophie war aber nichts Materielles gemeint, sondern im Gegenteil eine moralische Forderung, die jeder nicht an andere, sondern an sich selber stellen sollte. Eine Haltung, die nur in einer Forderung an andere besteht, kann in der Tat schwerlich als „Tugend“ qualifiziert werden.

Beliebt und bequem mag es sein, die „Gleichheit“ des französischen oder gar das „Recht“ aus dem deutschen Dreiklang scheinbar modern als „soziale Gerechtigkeit“ zu interpretieren. Diese Interpretation ist aber unzulässig. Der demokratische Rechtsstaat hat die Gleichheit vor dem Ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETER HINTZE

PARL. STAATSEKRETÄR BEIM
BM FÜR WIRTSCHAFT UND
TECHNOLOGIE

5. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/psm

setz geschaffen. Diese Gleichbehandlung ohne Ansehen der Person wird durch die verbundenen Augen der Justitia versinnbildlicht. Will man Gleichheit oder Recht als „soziale Gerechtigkeit“ ausüben, kann man das ganz im Gegenteil aber nur mit weit geöffneten Augen tun. Die Obrigkeit muss genau prüfen, wem es schlecht geht und dann von den Bessergestellten zu den vermeintlich Schlechtergestellten umverteilen. „Soziale Gerechtigkeit“ ist in diesem Sinn genau das Gegenteil von Gleichheit vor dem Gesetz, nämlich gewollte Ungleichbehandlung.

Ausgangspunkt für die Antwort auf die Frage, wie Gerechtigkeit und Freiheit in einer Marktwirtschaft miteinander in Einklang gebracht werden können, ist also der freiheitliche Staat. Ein solcher Staat ist stets bezogen auf die einzelnen Menschen und Bürger, nicht auf kollektive Ziele wie etwa Ausbreitung der wahren Religion, einer politischen Ideologie oder eine absolut formulierte „sozialen Gerechtigkeit“. Mit einem freiheitlichen Staat verbinden wir hingegen Maßnahmen, die die Chancen des Einzelnen verbessern und Maßnahmen, die dafür Sorge tragen, dass die soziale Existenz eines jeden gesichert ist.

Was ist nun der soziale Ordnungsrahmen eines freiheitlichen Staates?

Es geht darum, eine Gratwanderung zwischen einem auf die Gewähr größtmöglicher Freiheit verpflichteten Staat und einem Staat, der Recht und Gleichheit sichert, zu vollziehen. Wo die Freiheitsausübung des einen die Freiheit des anderen einzuschränken droht, tritt das Recht dazwischen. Dabei ist der marktwirtschaftliche Koordinierungsmechanismus eine große Hilfe. Gerechtigkeit und Effizienz sind miteinander vereinbar. Dies erkannte schon Adam Smith, der die Gleichheit vor dem Gesetz im Hinblick auf die arbeitsteilige Wirtschaft sogar als den Hauptpfeiler klassifizierte, der das gesamte Gebäude aufrecht erhält. Denn ohne Rechtsstaat kann Marktwirtschaft auf Dauer nicht funktionieren. Umgekehrt kann Gerechtigkeit ohne Marktwirtschaft kaum effizient durchgesetzt werden. Denn Gerechtigkeit erreicht man effizient nicht über

Zwang, sondern am besten über marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismen.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik orientiert die Rahmenbedingungen an einer „Ordnung der Freiheit“. Eine dem Freiheitsgedanken verpflichtete Marktwirtschaft kann nur effizient funktionieren, wenn Eigeninitiative, Selbstentfaltung und Leistungswettbewerb mehr Raum gegeben wird. Dies ist ein positiver, ein menschenfreundlicher Ansatz. Er traut dem Einzelnen im Hinblick auf Urteilskraft und Entscheidungsfähigkeit mehr zu. An die Stelle einer misstrauischen Bürokratie müssen Ermutigung und Freiheit zur Verantwortung treten. In den Worten Ludwig Erhards: „Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Dazu gehören Herstellung von Start- und Aufstiegschancen, die Gewähr des materiell Notwendigen, die Förderung der Aufstiegsmobilität. Insofern darf der Staat in einer Marktwirtschaft zwar Maßnahmen stützender oder fördernder Art ergreifen, die Einzelne bzw. Gruppen zur Freiheit befähigen bzw. die sozialen Voraussetzungen der Freiheit sichern. Diese Eingriffe müssen aber da ihre Grenze finden, wo sie darauf zielen, den Marktprozess als ganzen mit sozialpolitischer Zielsetzung in die staatliche Regie zu nehmen. Verliert die Politik diese Grenze aus dem Blick, wird aus Freiheit schnell Bequemlichkeit und Trittbrettfahrerei – auf Kosten anderer. Schon Tocqueville hat die rhetorische Frage gestellt, ob die Vormundschaftsgewalt des Staates den Bürgern nicht völlig die Last zu denken und die Mühe zu leben abnehmen könnte. Gerechtigkeit in einem dem Freiheitsgedanken verpflichteten, marktwirtschaftlich organisiertem Gemeinwesen kann nur dann hergestellt werden, wenn zugleich das Gebot der Subsidiarität staatlicher Hilfe strikt beachtet wird.

Dies zu erreichen, ist in einem Land wie Deutschland, in dem keine dem angelsächsischen Denken entsprechende Skepsis gegenüber dem Staat existiert, schwer. Es hat

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETER HINTZE

PARL. STAATSEKRETÄR BEIM
BM FÜR WIRTSCHAFT UND
TECHNOLOGIE

5. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/psm

den Anschein, dass selbst Belastungen mittlerer Einkommen mit Steuern und Abgaben von über 50 % relativ wenig Protest hervorrufen, wenn sie nur mit „mehr sozialer Sicherheit“ begründet werden. Umfragen legen regelmäßig die Vermutung nahe, dass die Bürger ein Stück Freiheit durchaus für ein wenig mehr sozialer Gerechtigkeit opfern möchten. Dies mag daran liegen, dass die Verheißungen, die mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit verbunden werden, oftmals die problematischen Konsequenzen überstrahlen, die ein Ausbau des Verteilungsstaates nach sich zieht. Diese Konsequenzen lauten Steuer- und Abgabenerhöhungen, mehr Bürokratie und eine höhere Staatsverschuldung.

Werden die Bürger mit diesen Folgen konfrontiert, dann stellt sich allerdings schnell heraus, dass sie in Wahrheit nicht gewillt sind, diesen Preis zu tragen. Was man dennoch konstatieren kann, ist eine in Deutschland weit verbreitete und relativ fest verankerte Erwartung der Bürger an Staat und Politik, für eine gesunde Balance zwischen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu sorgen. Diese Erwartung speist sich vor allem aus einer schneller und unübersichtlicher werdenden Welt. In dem Maße, in dem die Menschen infolge der Globalisierung das Gefühl der Unsicherheit mit Blick auf ihre Zukunft haben, steigt der Wunsch der Menschen, in elementaren sozialen Fragen abgesichert zu sein. Staat und Politik sind daher gut beraten, den an sie gerichteten Erwartungen in verantwortungsvoller Weise Rechnung zu tragen. Nur so wird es gelingen, das notwendige Vertrauen der Bürger in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates und in die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Und nur so wird es gelingen, die Resonanzfähigkeit eines gefährlichen Sozialpopulismus in Grenzen zu halten, der das Heil in der Staatswirtschaft, in Regulierung und in überbordender Staatsverschuldung sucht.

Soziale Marktwirtschaft ist nach der Lehre ihrer Väter nicht Marktwirtschaft plus Sozialpolitik. Soziale Marktwirtschaft ist auch nicht umso sozialer, je mehr umverteilt wird. Vielmehr erfüllt die Marktwirtschaft mit ihrem wettbewerblichen Ordnungsrah-

men selbst die soziale Funktion. Marktwirtschaft ist gerecht im Sinne von Leistungsgerechtigkeit – und weil Erwirtschaften vor Verteilen kommt, kommt Leistungsgerechtigkeit vor der „sozialen Gerechtigkeit“. Die Leistungsgerechtigkeit ist die Basis für den Auftrag des Grundgesetzes, die Würde des Menschen – auch in materieller Hinsicht – zu schützen.

Auslöser der jüngsten Gerechtigkeitsanfrage an die Soziale Marktwirtschaft ist die Finanzkrise. Alle Märkte, auch die Finanzmärkte, funktionieren nur, wenn der Rahmen richtig gesetzt ist. Es geht nicht allein um die Akteure auf dem Markt. Sie handeln immer wieder funktional im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Es geht in erster Linie um Regeln für den Markt. Diese Regeln waren unzureichend. Dies hat dazu geführt, dass exzessives Gewinnstreben sich eine Bahn brechen und die Funktionsfähigkeit der Märkte gefährden konnte.

Gestatten Sie mir einen kurzen Exkurs zum Thema Gewinnstreben. Aufgrund der maßlosen Auswüchse auf den Kapitalmärkten wird das Prinzip des Gewinnstrebens generell in Frage gestellt. Dabei hat schon Martin Luther in seiner Schrift „Von Kaufhandel und Wucher“ die soziale Natur des Gewinnstrebens nachgewiesen. Sein Schuster-Gleichnis wurde später von Adam Smith übernommen. Luther: „Wenn ich zum Schuster gehe, will er gutes Geld und ich gute Sohlen. Und das ist gut so.“ Der Wunsch des Menschen nach Gewinn stellt die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sicher. Eine Verteufelung des Gewinnstrebens führt auf direktem Wege in den Abgrund einer Güter- und Dienstleistungsknappheit.

Es kommt darauf an, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft weltweit in höherem Maße Geltung zu verschaffen. Es gilt, die richtigen Regeln zu setzen. Denn nur mit richtigen Regeln werden auch die Märkte funktionieren. Dies ist originäre Aufgabe des Staates. Wenn es darum geht, Gefährdungen des Gemeinwohls abzuwenden, trägt der Staat die Letztverantwortung. Dieser Verantwortung kommt die Bundesregierung nach - nicht nur national, sondern auch im

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETER HINTZE

PARL. STAATSSSEKRETÄR BEIM
BM FÜR WIRTSCHAFT UND
TECHNOLOGIE

5. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/psm

internationalen Kontext. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und der Welt werden wir für mehr Transparenz auf den Finanzmärkten sorgen und sicher stellen, dass Risiken künftig in ausreichendem Maße abgesichert werden.

Ich bin überzeugt, dass Europa mit dem kommenden amerikanischen Präsidenten Barack Obama einen politischen Partner bei der Entwicklung solcher internationaler Finanzregeln bekommt. Ich setze auch darauf, dass mit Obama die Doha-Welthandelsrunde wieder in Gang kommt und erfolgreich abgeschlossen werden kann. Und auch bei der großen Schicksalsfrage der Menschheit – dem Klimaschutz – erwarte ich, dass Europa und Amerika an einem Strang ziehen werden. Jedenfalls wird Bundeskanzlerin Angela Merkel alles daran setzen, um die transatlantische Partnerschaft weiter zu stärken und um unsere Wirtschaftsbeziehungen durch den Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse weiter zu vertiefen.

Wie ist nun die aktuelle Wirtschaftslage, und welche Instrumente werden im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft genutzt, um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern oder zu stabilisieren?

Es geht jetzt darum, ein Überspringen der Finanzmarktkrise auf die reale Wirtschaft zu verhindern und dem beginnenden Abschwung entgegen zu wirken. Nach Einschätzung der Bundesregierung wie auch der Europäischen Kommission wird die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2009 stark von einer Abkühlung der Weltwirtschaft beeinflusst. Wir müssen mit einem Rückgang des Wachstums rechnen und werden bei einem Wachstum knapp über Null auskommen. Jetzt kommt es darauf an, mit gezieltem Mitteleinsatz einen möglichst großen Wachstumsimpuls zu geben.

Mit dieser Zielsetzung hat die Bundesregierung heute ein Maßnahmenpaket beschlossen, um das wirtschaftliche Wachstum zu stärken und die Beschäftigung in Deutschland zu sichern. Dieses Maßnahmenpaket dient der Verbesserung der Kreditversor-

gung des Mittelstandes, es schafft Anreize für Investitionen und sorgt dafür, dass die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt auch die Zeiten konjunktureller Abkühlung übersteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier in Frankfurt möchte ich ein klares Wort zum Thema Flughafen und zum Thema Regierungsbildung in Hessen sagen:

Eine moderne Volkswirtschaft ist auf eine erstklassige Luftverkehrsanbindung angewiesen.

Der Flughafen Frankfurt, der größte und wichtigste Flughafen in Deutschland, ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland von allerhöchster Bedeutung! Der Ausbau dieses Flughafens ist für die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen und in Deutschland zwingend.

Über Hessen hing in den letzten Wochen das Damokles-Schwert einer Regierungsbildung, bei der aggressive Gegner der Sozialen Marktwirtschaft Macht über Hessen bekommen hätten.

Vier Abgeordnete haben in einer persönlichen Gewissensentscheidung Nein gesagt zu einer Machtbeteiligung dieser radikalen Kräfte. Wir sollten Sie ausdrücklich in Schutz nehmen.

Unsere Soziale Marktwirtschaft lebt von Vorbildern.

Der heutige Preisträger Peter Wichtel ist ein solches Vorbild!

Mit seinem persönlichen Einsatz in der Arbeitnehmermitbestimmung hat er dazu beigetragen, dass die Fraport AG ein vorbildlich geführtes Unternehmen ist. Zum Wohle der Arbeitnehmer und zum Wohle der gesamten Region.

Dafür gebührt Ihnen, sehr geehrter Herr Wichtel, der allergrößte Respekt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PETER HINTZE

PARL. STAATSEKRETÄR BEIM
BM FÜR WIRTSCHAFT UND
TECHNOLOGIE

5. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/psm

Sie haben vorgelebt, was auch für die Politik gilt: Vertrauen gewinnt man mit vertrauensstiftenden Taten.

Sehr geehrter Herr Professor Vogel!

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre exzellente Grundsatzarbeit. Dadurch wird das politische Erbe von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard klug gemehrt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein wesentlicher Ort des politischen Diskurses, verankert im christlichen Verständnis von Menschen und wissend um die Erfahrungen der deutschen Geschichte. Die Soziale Marktwirtschaft braucht kluge Anwälte. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein kluger Anwalt dieser menschenfreundlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.